

A stylized map of France composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is positioned behind the title and subtitle.

# Frankreich vor den Präsidentschaftswahlen 2012

## Die Tücken des Wahlrechts und die schwierige Allianz der Linksparteien

PETER GEY | BENJAMIN SCHREIBER

April 2012

- Alle fünf Jahre wählt das französische Volk in allgemeiner und direkter Wahl das Staatsoberhaupt und nimmt damit auch die künftige Mehrheit in der Nationalversammlung, die kurz nach den Präsidentschaftswahlen gewählt wird, weitgehend vorweg. Für die kleinen Parteien ist es ein absolutes Muss, mit eigenen Kandidaten an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen.
- Die Strategie von François Hollande und der *Parti Socialiste* bestand notwendigerweise darin, einen Zusammenschluss möglichst vieler Linksparteien zu erreichen, um die Zahl konkurrierender Präsidentschaftskandidaten aus anderen linken Parteien so gering wie möglich zu halten (»le rassemblement«). Anschließend musste sich der sozialistische Präsidentschaftskandidat vor dem ersten Wahlgang gegenüber den linken Mitbewerbern profilieren, ohne es sich dabei mit deren Wählerinnen und Wählern und jenen der politischen Mitte zu verscherzen.
- Die französischen Präsidentschaftswahlen innewohnende Logik, die zu einer klaren Personifizierung des Wahlkampfes führt und nur zwei Kandidaten in die Stichwahl lässt, bringt die übrigen Anwärter der Linken, die *Linksfront* und die *Grünen*, in eine Zwickmühle: Sie müssen sich vom Präsidentschaftskandidaten der *Parti Socialiste* abgrenzen, um einen möglichst hohen Stimmenanteil zu erreichen, ohne dabei sein Weiterkommen in die zweite Runde zu gefährden und die Aussichten für eine mögliche Regierungskoalition zu verschlechtern.
- Wenige Tage vor dem ersten Wahlgang am 22. April steht das Weiterkommen von François Hollande in die Stichwahl außer Frage. Seine Aussichten für den zweiten Wahlgang sind zweifellos besser, als sie für die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken in den vergangenen 17 Jahren waren. Trotz guter Umfrageergebnisse für François Hollande ist der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen dennoch ungewiss.



## Inhalt

Der erste Wahlgang ist für die beiden großen Parteien tückisch .....	2
»Le Rassemblement« zielt auf die Einbindung möglicher Kandidaten der übrigen Linksparteien .....	3
Die PS bietet Wahlkreise gegen Kandidaturverzicht .....	3
Die Grünen driften aus dem Bündnis heraus .....	4
Jean-Luc Mélenchon geht aufs Ganze .....	5
François Hollande hält Kurs auf die politische Mitte .....	5
Ausblick .....	6

Am 22. April und 6. Mai 2012 finden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt. Die französische Linke hofft, dass mit François Hollande, dem Kandidaten der bei weitem größten Linkspartei *Parti Socialiste* (PS), einer ihrer Repräsentanten an die Spitze des Staates gelangt. Damit wäre eine Reihe schmerzhafter Niederlagen, die 1995 begonnen hatte, beendet. Seit François Mitterrand hat die Linke die wichtigste Wahl in Frankreich nicht mehr gewinnen können. Dies bedeutete eine Ewigkeit für die Linksparteien und ihre Wählerschaft, die gleichzeitig eine große Zahl kommunaler und regionaler Wahlen für sich entscheiden konnten. Gegenwärtig steht die Linke in der überwiegenden Zahl der Großstädte, Bezirke und Regionen des Landes in der politischen Verantwortung.

Um das schlechte Abschneiden bei den Präsidentschaftswahlen während der vergangenen 17 Jahre zu erklären, wird neben ideologischen und soziokulturellen Gründen insbesondere die organisatorische Zersplitterung des linken Parteienspektrums angeführt. Dies geht jedoch am Kern der Sache vorbei. Die linken Parteien hatten es bei Kommunal- und Regionalwahlen und selbst bei Wahlen zur Nationalversammlung noch stets geschafft, in verschiedenen Konstellationen Wahlbündnisse einzugehen, um eine Stimmenmehrheit zu erreichen.

Das Problem besteht vielmehr darin, dass Präsidentschaftswahlen Regeln folgen, die sie von allen anderen Wahlen klar unterscheiden:

Nach wie vor wird die Wahl eines französischen Präsidenten zwischen den Kandidaten der beiden großen Parteien, der PS und der Partei von Amtsinhaber Nicolas Sarkozy, der *Union pour un mouvement populaire* (UMP), entschieden. Für beide Kandidaten hängt der Wahlausgang im Wesentlichen davon ab, ob es ihnen gelingt, eine Dynamik zu entwickeln und durchzuhalten, die einen Zusammenschluss der Rechts- bzw. Linksparteien und ihrer Wählerschaft zur Unterstützung ihrer jeweiligen Kandidatur herbeiführt.

Um diesen Zusammenschluss (»le rassemblement«) zu erreichen, kommt es für die PS zunächst darauf an, die Zahl konkurrierender Kandidaten aus anderen linken Parteien so gering wie möglich zu halten. Anschließend muss sich der sozialistische Präsidentschaftskandidat vor dem ersten Wahlgang gegenüber den linken Mitbewerbern profilieren, ohne es sich dabei mit deren Wählerinnen und Wählern und jenen der politischen Mitte

zu verschmerzen. Auf diese Stimmen ist der Kandidat im zweiten Wahlgang angewiesen.

## Der erste Wahlgang ist für die beiden großen Parteien tückisch

Das französische Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen bringt es mit sich, dass ein gutes Wahlergebnis der einzelnen Präsidentschaftskandidaten aller Linksparteien in der ersten Runde nicht garantiert, dass der sozialistische Kandidat aus der zweiten Runde als Sieger hervorgeht, selbst wenn das Ergebnis dasjenige der konservativen Parteien deutlich übertrifft. Der Grund dafür ist, dass die Wählerschaft der rechtsradikalen Front National überwiegend für den Kandidaten des rechten Parteienbündnisses stimmt. Da das Wahlsystem außerdem nur den beiden bestplatzierten Kandidaten des ersten Wahlgangs den Einzug in den zweiten Wahlgang erlaubt, besteht die Gefahr, dass der sozialistische Kandidat sogar schon in der ersten Runde scheitert und die Linke somit in der zweiten Runde keinen eigenen Kandidaten mehr hat.

Diese Tücke des französischen Wahlrechts zeigte sich bei den Präsidentschaftswahlen 2002 auf geradezu brutale Weise: Obwohl die Kandidaten der Linksparteien im ersten Wahlgang 42,89 Prozent der Stimmen erzielt hatten, schied der sozialistische Kandidat Lionel Jospin aus dem Rennen aus. Mit 16,18 Prozent der Stimmen erreichte er nur den dritten Platz und hatte gegenüber dem Kandidaten der Front National, Jean-Marie Le Pen, für den 16,86 Prozent gestimmt hatten, das Nachsehen. Das Weiterkommen des Kandidaten der Rechtsradikalen war für die Linke und darüber hinaus für die französische Demokratie eine traumatische Erfahrung, die noch immer nachwirkt. Um eine erneute Katastrophe dieser Art zu vermeiden, setzte die *Parti Socialiste* 2012 schon vor dem ersten Wahlgang alles daran, einen Zusammenschluss der Linksparteien hinter ihrem Kandidaten François Hollande zu erreichen.

Für die Kandidaten der beiden großen Parteien, PS und UMP, ist es außerdem sehr wichtig, den ersten Wahlgang möglichst mit dem besten Ergebnis zu überstehen, um den Schwung der ersten Runde hinüber zu retten und den zweiten Wahlgang aus einer Position der Stärke anzutreten. Die Wahlkampfstrategen Hollandes und Sarkozys verfolgen daher vor dem ersten Wahlgang akribisch,

wie sich die Wahlabsichten in den Umfragen entwickeln, um zu erkennen, wie sie mögliche Wechselwähler in der zweiten Runde auf ihre Seite ziehen können.

### »Le Rassemblement« zielt auf die Einbindung möglicher Kandidaten der übrigen Linksparteien

Die Strategie von François Hollande und der PS musste notwendigerweise darin bestehen, die Kandidatinnen und Kandidaten der übrigen Linksparteien davon zu überzeugen, dass es für die Aussichten auf einen Sieg eines Kandidaten der Linken günstiger wäre, auf eine eigene Kandidatur verzichteten und einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen.

Dass es für die PS und ihren Kandidaten eine große Herausforderung ist, die übrigen Linksparteien einzubinden, zeigt ein Blick auf deren große Zahl und ideologische Vielfalt. Es handelt sich um:

- *le Parti Communiste*, die Kommunistische Partei,
- *le Parti de Gauche*, die Linkspartei,
- *le Mouvement Républicain et Citoyen*, Republikanische Bürgerbewegung,
- *le Mouvement Europe Écologie-Les Verts*, die Grünen,
- *le Parti Radical de Gauche*, die Radikale Partei der Linken,
- *la Ligue Ouvrière*, der Arbeiterbund, und *le Nouveau Parti Anticapitaliste*, die Neue Antikapitalistische Partei (zwei trotzkistische Parteien).

Diese ohnehin schon komplizierte Aufgabe wird durch die herausragende Bedeutung der Präsidentschaftswahlen im politischen System Frankreichs weiter erschwert.

Alle fünf Jahre wählt das französische Volk in allgemeiner und direkter Wahl das Staatsoberhaupt und nimmt damit auch die künftige Mehrheit in der neuen Nationalversammlung, die kurz nach den Präsidentschaftswahlen gewählt wird, weitgehend vorweg. Für die kleinen Parteien ist es ein absolutes Muss, mit eigenen Kandidaten an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen, weil

sich ihnen damit die Chance bietet, an der öffentlich-medialen Diskussion teilzunehmen und ihre politischen Themen einzubringen. Auf diese Gelegenheit zu verzichten, käme einem politischen Selbstmord gleich.

In diesem Kontext wird das Ziel der »offenen Vorwahlen«, die im Oktober 2011 auf Initiative und in organisatorischer Verantwortung der PS erstmals in der Geschichte Frankreichs stattfanden, ersichtlich: Die PS hatte alle Linksparteien dazu eingeladen, mit eigenen Kandidaten an den Vorwahlen teilzunehmen, um eine gemeinsame Kandidatin oder einen gemeinsamen Kandidaten der Linken für die Präsidentschaftswahlen 2012 zu bestimmen. Wahlberechtigt sollten nicht nur Parteimitglieder sein, sondern alle Bürgerinnen und Bürger, die mit den Grundwerten der Linken wie Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit sympathisierten. Von dieser Möglichkeit sollten später tatsächlich in zwei Wahlgängen jeweils über drei Millionen Menschen Gebrauch machen.

Die Linksparteien jedoch lehnten das Angebot der PS ab. Es gab nur eine Ausnahme: die *Parti Radical de Gauche*. Ihr Vorsitzender Jean-Michel Baylet war bereit zu kandidieren und sicherte anschließend dem Gewinner der Vorwahlen, François Hollande, seine Unterstützung zu.

Die sozialliberale, laizistische und pro-europäische *Parti Radical de Gauche* (PRG) zählt im politischen Spektrum Frankreichs zur linken Mitte. Zwar ist die PRG eine kleine Partei, die mit lediglich 17 Parlamentariern in Nationalversammlung und Senat vertreten ist und geringen politischen Einfluss hat. Doch die Erfahrung hatte gelehrt, dass ein eigener Kandidat der PRG im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen dem PS-Kandidaten zum Verhängnis werden kann: 2002 hatte Christiane Taubira für die PRG im ersten Wahlgang kandidiert und erzielte 2,32 Prozent der Stimmen. Lionel Jospin hingegen fehlten nur 0,68 Prozentpunkte, um in den entscheidenden zweiten Wahlgang zu kommen.

### Die PS bietet Wahlkreise gegen Kandidaturverzicht

Da es nicht gelang, die übrigen Linksparteien in die Kandidatur von François Hollande einzubinden, hatten die Vorwahlen in dieser Hinsicht ihr Ziel verfehlt. Aber die Sozialisten haben einen Trumpf in der Hand, mit dem sie ihre Absichten gegenüber den übrigen Linksparteien

durchsetzen können: die Überlassung von Wahlkreisen bei den Wahlen zur Nationalversammlung.

Da das französische Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen auch für die Wahlen zur Nationalversammlung gilt, ist es für die kleinen Parteien sehr unwahrscheinlich, Abgeordnetenmandate zu gewinnen. Das Angebot der PS, in gewissen Wahlkreisen auf eigene Kandidaten zugunsten einer anderen Partei zu verzichten, wenn diese im Gegenzug bereit ist, im ersten Wahlgang keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, ist somit verlockend.

- Um Jean-Michel Baylet auf ihre Seite zu ziehen, stellte die PS dem PRG-Vorsitzenden noch vor den Vorwahlen vom Oktober 2011 Verhandlungen über ein solches Wahlabkommen in Aussicht. Die Gespräche führten vor kurzem zu dem Ergebnis, dass die Sozialisten der PRG 30 der 577 Wahlkreise überlassen werden.
- Jean-Pierre Chevènement, Vorsitzender des *Mouvement Républicain et Citoyen* (MRC), wurde ein ähnlicher Deal angeboten. Der ehemalige Sozialist und Minister hatte 2002 immerhin 5,33 Prozent der Stimmen erreicht. Im März 2012 verzichtete er auf seine bereits erklärte Präsidentschaftskandidatur und erhielt dafür von den Sozialisten die Zusage, dass sie in 9 Wahlkreisen die Wählerinnen und Wähler dazu aufrufen werden, die Kandidaten seiner Partei zu wählen.

Demokratisch ist dieses Verfahren sicher nicht (es wäre in Deutschland sogar gesetzwidrig), weil die Parteiführung ihre Entscheidung, diesen oder jenen Wahlkreis zugunsten einer anderen Partei aufzugeben, über die Köpfe der lokalen Parteibasis hinweg trifft. Das französische Wahlrecht erzwingt ein solches Vorgehen jedoch geradezu, wenn die beiden großen Parteien sicherstellen wollen, dass ihr Kandidat den ersten Wahlgang übersteht.

## Die Grünen driften aus dem Bündnis heraus

Obleich die Partei *Les Verts* (Die Grünen) seit 1974 zu jeder Präsidentschaftswahl eigene Kandidaten aufgestellt hat (2002 erreichte ihr Kandidat 5,25 Prozent), ist sie ein traditioneller Bündnispartner der PS. Dabei nahm sie im Laufe der Jahre zunehmend den Platz der an Bedeutung verlierenden Kommunistischen Partei ein. Grüne Politiker waren in der Regierung von Lionel Jospin

vertreten, und mit ihrer Unterstützung wurde ein Sozialist 2001 Bürgermeister von Paris. Besonders erfolgreich war die Partei bei Wahlen zum Europaparlament, wo sie zuletzt 2009 mit 16,3 Prozent fast ebenso viele Stimmen erzielte wie die PS, und bei Regionalwahlen (2010: 12,2 Prozent). Im November 2010 schlossen sich *Les Verts* mit anderen grünen Gruppierungen zur Partei *Europe Écologie-Les Verts* (EELV) zusammen.

Ihre Wahlerfolge ließen die Grünen zum voraussichtlich wichtigsten Partner der PS in einer möglicherweise sozialistisch geführten Regierung in der Legislaturperiode 2012 bis 2017 werden. Beide Parteien trafen im November 2011 nach schwierigen Verhandlungen eine Abmachung, der zufolge die Sozialisten nicht nur 60 Wahlkreise an die Grünen abtraten, sondern auch weitreichende politische Zugeständnisse machten. Die Grünen setzten insbesondere durch, dass im Falle eines Wahlsieges von François Hollande der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung bis 2005 von 75 auf 50 Prozent zurückgeführt wird.

Trotzdem verzichteten sie nicht auf eine eigene Kandidatur. Damit entsteht aufgrund der Logik der Präsidentschaftswahl, dass sich die Kandidaten gegenüber Konkurrenten aus dem gleichen Spektrum abgrenzen müssen, ein strategisches Problem.

Präsidentschaftskandidatin wurde Eva Joly, eine gebürtige Norwegerin und landesweit bekannte Untersuchungsrichterin, die sich in internen Vorwahlen der EELV im Juli 2011 durchgesetzt hatte. In Meinungsumfragen dümpelt ihr Stimmenanteil seit Wochen zwischen zwei und drei Prozent, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass sich ihre Partei bereits vor dem ersten Wahlgang auf eine gemeinsame programmatische Plattform mit der PS für eine künftige Regierungskoalition eingelassen hat. Nun fällt es Eva Joly schwer, ein eigenes Profil zu zeigen, zumal umweltpolitische Themen in dem von Debatten über Staatshaushalt und innere Sicherheit beherrschten Wahlkampf kaum eine Rolle spielen. Um sich inhaltlich von François Hollande abzugrenzen, griff sie ihn zu Beginn des Wahlkampfes an, ruderte dann aber schnell zurück, um dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten nicht zu schaden.

Daniel Cohn-Bendit, der wesentlich zu den Wahlsiegen der Grünen und zum Zustandekommen der neuen Partei *Europe Écologie-Les Verts* beigetragen hatte, war

und ist entschieden dagegen, dass sich die Grünen mit einer eigenen Kandidatin an den Präsidentschaftswahlen beteiligen. Für ihn ist der zwischen der PS und der EELV ausgehandelte Koalitionsvertrag das entscheidende Mittel, um den politischen Einfluss der ökologischen Bewegung in Frankreich zu stärken. Teile der Führung der Grünen und selbst des Wahlkampfteams sehen dies ebenso. Einige riefen Eva Joly sogar dazu auf, ihre Kandidatur aufzugeben. Bislang vergeblich.

Die Umfragen sind für die Grünen derart schlecht, dass die *Front de Gauche* (Linksfront) mittlerweile die Berechtigung des Wahlbündnisses zwischen der PS und den Grünen infrage stellt, um den eigenen Einfluss auf eine künftige Koalitionsregierung mit der PS nach den Parlamentswahlen zu vergrößern.

## Jean-Luc Mélenchon geht aufs Ganze

Ein Konkurrent ganz anderen Kalibers für François Hollande ist der Führer der Linksfront Jean-Luc Mélenchon, ehemals ein Protagonist des linken Flügels der PS und Minister in der Regierung Lionel Jospins. 2008 verließ er die PS, um nach dem Vorbild Oskar Lafontaines eine eigene Partei, die *Parti de Gauche* (Linkspartei), zu gründen. Im selben Jahr schloss seine Partei ein Wahlbündnis mit der Kommunistischen Partei und einigen linken Gruppierungen, das bei den Europawahlen 6,5 Prozent und bei den Regionalwahlen 7,5 Prozent erreichte.

In den vergangenen sechs Monaten steigerte Jean-Luc Mélenchon seinen Stimmenanteil um fast das Dreifache. Einige Meinungsforschungsinstitute sehen ihn in Umfragen mit 15 Prozent der Stimmen bereits vor Marine Le Pen auf dem dritten Platz hinter Nicolas Sarkozy und François Hollande. Dieser erstaunliche Zuspruch ist nicht zuletzt damit zu erklären, dass Mélenchon als charismatischer Redner imstande ist, die Massen zu begeistern, was für ihn angesichts der Personifizierung der Präsidentschaftswahlen in Frankreich von besonderem Vorteil ist. Dabei schreckt er auch vor wirklichkeitsfernen populistische Parolen wie »Als Präsident erhöhe ich den Mindestlohn auf 1.700 Euro« nicht zurück.

Seine schärfsten Angriffe hat der Führer der Linksfront im Wahlkampf zwar gegen Nicolas Sarkozy und Marine Le Pen geführt, doch seinen Erfolg verdankt er zu einem guten Teil auch seinem frontalen Vorgehen gegen François

Hollande. Jean-Luc Mélenchon tritt als ein Linkspolitiker auf, der das »System« rundweg ablehnt. François Hollande nennt er in Anspielung auf das Austeritätsregime Griechenlands »Hollandreou«. Für ihn macht es auch kaum einen Unterschied, ob nach den Wahlen »das Sparprogramm der Rechten« oder das »Sparprogramm der Linken« durchgesetzt wird. Auch in ihrem Verständnis von Europa oder in außenpolitischen Fragen gehen die Auffassungen der beiden Kandidaten weit auseinander.

Mit seinem antikapitalistischen Kurs ist es Jean-Luc Mélenchon gelungen, fast die gesamte radikale Linke auf seine Seite zu ziehen. Die beiden trotzkistischen Parteien, die bei den Präsidentschaftswahlen 2002 10,5 Prozent und 2007 immerhin noch 5,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten, gehen in den Umfragen leer aus. Zusammen mit den Stimmen der Kommunistischen Partei, die 2007 weniger als zwei Prozent der Stimmen erhielt, und ehemaliger PS-Wähler schöpft der Kandidat der Linksfront das Potenzial der linksradikalen Wählerschaft damit weitgehend aus.

Ermutigt durch seine erfolgreiche Aufholjagd und in Anbetracht einer Kandidatin der rechtsradikalen Front National, die den Einzug des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten anders als ihr Vater 2002 kaum noch gefährden kann, geht Jean-Luc Mélenchon aufs Ganze: Er kündigte an, François Hollande überholen zu wollen, um selber in die Stichwahl um das Präsidentenamt einzuziehen.

Damit bringt er sein Wahlbündnis in eine schwierige Lage: Während Jean-Luc Mélenchon eine Beteiligung der Linksfront an einer möglichen PS-geführten Regierung ausschließt, ist die Kommunistische Partei, die ebenfalls Teil der Linksfront ist, in dieser Frage zurückhaltend. Die Kommunisten hoffen weiterhin, durch ein Wahlbündnis mit der PS bei den kommenden Parlamentswahlen Wahlkreise zu erhalten und damit die Chance auf Abgeordnetensitze zu wahren. Trotz sehr guter Umfrageergebnisse bleibt die Linksfront daher in der Frage einer Allianz mit der PS gespalten.

## François Hollande hält Kurs auf die politische Mitte

Die PS und ihr Kandidat setzen darauf, dass die Stimmen, die im ersten Wahlgang auf Eva Joly und Jean-Luc

Mélenchon entfallen, im zweiten Wahlgang automatisch auf François Hollande übertragen werden. Sie betrachten den großen Zuspruch für den Führer der Linksfrent, der das Wählerpotenzial für die Linke gegenüber 2007 um fünf bis acht Prozent auf 42 bis 45 Prozent vergrößert hat, als einen Linksrutsch, der im zweiten Wahlgang François Hollande zugutekommen wird. Daher geht der PS-Kandidat weder auf die Attacken seiner linken Konkurrenten ein, noch ist er zu Zugeständnissen in der Sache bereit.

Zehn Tage vor der ersten Runde hat François Hollande bereits den zweiten Wahlgang im Auge, bei dem es darauf ankommt, die zu einer absoluten Mehrheit fehlenden Stimmen aus der politischen Mitte zu erhalten. Hierbei kann das Abstimmungsverhalten der Wählerschaft der *Mouvement Démocrate* (Modem) wahlentscheidend sein. Diese bürgerlich-liberale Partei wurde 2007 von François Bayrou gegründet und erreichte bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr auf Anhieb 7,3 Prozent. Als Präsidentschaftskandidat erzielte er sogar 18,6 Prozent. Gegenwärtig liegt er bei ca. zehn Prozent der Stimmen.

François Hollandes frühere Ankündigung, er werde im Falle seiner Wahl zum Staatspräsidenten den Spitzensteuersatz auf 75 Prozent erhöhen, sorgte innerhalb und außerhalb Frankreichs für heftige Reaktionen und wird den Wählerinnen und Wählern der bürgerlichen Mitte am 6. Mai sicher noch im Gedächtnis sein: Dem Vorschlag nach würde der Spitzensteuersatz von 75 Prozent nur jenen Teil des Einkommens betreffen, der über eine Million Euro läge, d.h. bei einem Einkommen von 1.200.000 Euro würde eine Million Euro mit einem Steuersatz von 45 Prozent und 200.000 Euro würden mit dem Spitzensteuersatz versteuert werden. Für Ehepaare bedeutete dies, dass sie bis zu zwei Millionen Euro weiterhin nach dem niedrigeren Steuersatz versteuern würden. Schätzungen zufolge wären davon nur einige Tausend Haushalte betroffen. Die voraussichtlichen Mehreinnahmen des Staates lägen zwischen 200 und 250 Mio. Euro. An der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte würde dies somit nichts ändern. Der Symbolcharakter hingegen, den eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bedeutet würde, wäre groß.

François Hollande, der mit diesem Vorstoß die Wählerschaft links von der PS beeindrucken wollte, konnte den Aufschwung Jean-Luc Mélenchons damit nicht stoppen.

Aber unter der Bevölkerung stieß er damit auf eine breite Unterstützung. Am 2. März veröffentlichte *Le Monde* die Ergebnisse einer Meinungsumfrage vom Vortag: 61 Prozent der Befragten befürworteten den von Hollande vorgeschlagenen Spitzensteuersatz, 29 Prozent waren dagegen und zehn Prozent hatten keine Meinung dazu.

Was François Hollande mit Blick auf die extreme Linke versucht hatte, versucht Nicolas Sarkozy im rechten Spektrum. Ihm war es 2007 gelungen, das Thema innere Sicherheit zu besetzen und damit der äußersten Rechten der *Front National* um Jean-Marie Le Pen Stimmen wegzunehmen. Auch im jetzigen Wahlkampf versucht er wieder, die Wählerschaft der extremen Rechten anzusprechen, indem er zum Beispiel droht, die Freizügigkeit des Reiseverkehrs im Schengen-Raum auszusetzen, oder ankündigt, Frankreichs Beitragszahlungen an die Europäische Union zu verringern.

## Ausblick

Wenige Tage vor dem ersten Wahlgang am 22. April steht das Weiterkommen von François Hollande in die Stichwahl außer Frage. Sieben Meinungsforschungsinstitute ermittelten für ihn einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 28 Prozent. Die Kandidatin der Front National Marine Le Pen und der Kandidat der Linksfrent Jean-Luc Mélenchon sind mit jeweils 15 Prozent der Stimmen keine Gefahr für ihn.

Wie aber sehen François Hollandes Aussichten auf einen Sieg in der Stichwahl aus?

In den Umfragen liegt François Hollande mit acht bis zehn Prozentpunkten Vorsprung weiterhin deutlich vor Nicolas Sarkozy. Gegenwärtig deutet alles darauf hin, dass es ihm gelingen wird, die Stimmen der Wählerschaft der Linksparteien, einschließlich der extremen Linken sowie eines Teils der bürgerlichen Mitte auf sich zu vereinigen: Vier von fünf Befragten, die angeben, in der ersten Runde Jean-Luc Mélenchon zu unterstützen, wollen ihre Stimme im zweiten Wahlgang dem Kandidaten der PS geben. Demgegenüber will nur die Hälfte der Wählerinnen und Wähler von Marine Le Pen in der Stichwahl für Nicolas Sarkozy stimmen. Bislang zeichnet sich ab, dass François Hollande auch die Hälfte der Wählerschaft von François Bayrou für sich gewinnen kann. Dies wäre für seinen Wahlsieg ausschlaggebend.



Wenngleich in den letzten 17 Jahren die Bedingungen für einen Wahlsieg der Linken nicht so günstig waren wie heute, ist das Ergebnis der Stichwahl dennoch unsicher:

- Unmittelbar nach dem Stimmungshoch, den die offenen Vorwahlen der PS im Oktober 2011 ausgelöst hatten, schien François Hollande mit zehn bis 15 Prozentpunkten Vorsprung vor Nicolas Sarkozy der sichere Gewinner des ersten Wahlgangs zu werden. Der damalige Schwung ist vorbei. Mit 29 zu 28 Prozent der voraussichtlichen Wählerstimmen liegt der Amtsinhaber gegenwärtig sogar vorn. Blicke es dabei, ginge Nicolas Sarkozy mit der nicht zu unterschätzenden Dynamik des Siegers der ersten Runde in den zweiten Wahlgang.
- Gelänge es Jean-Luc Mélenchon in den wenigen Tagen vor dem ersten Wahlgang, noch deutlich mehr Stimmen auf seine Seite zu bringen, würde dies zwar noch immer nicht das Weiterkommen des PS-Kandidaten gefährden, wohl aber eine gefährliche Flanke öffnen. Für Nicolas Sarkozy könnte kaum etwas Günstigeres als eine Fortsetzung des Linksrutsches in Richtung auf die Linksfront eintreten. François Hollande müsste vor dem zweiten Wahlgang den Forderungen der Linksextremen stärker entgegenkommen, und Nicolas Sarkozy fiele es leichter, Stimmen aus der Mitte des politischen Spektrums an sich zu ziehen.
- Unter der Wählerschaft von Linksfront und Grünen ist die Ablehnung gegenüber einer zweiten Amtsperiode Sarkozys zweifellos sehr groß. Ein Automatismus in ihrer Stimmabgabe zugunsten von François Hollande im zweiten Wahlgang lässt sich daraus jedoch nicht ablei-

ten. Der radikale Wahlkampf Jean-Luc Mélenchons gegen das »System« und »Hollandreou« mag dazu führen, dass ein, wenngleich geringer, Teil seiner Wählerinnen und Wähler am Wahltag es vorzieht, zu Hause bleiben, als für François Hollande zu stimmen.

- Die sich vor dem ersten Wahlgang am 22. April 2012 abzeichnende Wahlbeteiligung liegt mit nur 74 Prozent deutlich unter jenen 81 Prozent, die bei den Präsidentschaftswahlen 2007 zur gleichen Zeit, das heißt, einen Monat vor dem ersten Wahlgang ermittelt worden waren. Nach einer Schätzung des Meinungsforschungsinstituts Ifop von Anfang April könnte die Wahlbeteiligung sogar nur 68 Prozent betragen. Der Umstand, dass der Termin für den ersten Wahlgang in die Zeit der Schulferien gelegt wurde, lässt ebenfalls eine niedrige Wahlbeteiligung erwarten. Sollte sie in der ersten Runde tatsächlich so schwach sein, wäre auch mit einer niedrigen Beteiligung in der Stichwahl zu rechnen. Das weckt bei der PS und ihren Anhängern böse Erinnerungen, weil die Niederlage Lionel Jospins im ersten Wahlgang am 21. April 2002 nicht zuletzt der schwachen Mobilisierung der sozialistischen Wählerschaft geschuldet war.

Der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen ist somit ungewisser, als die guten Umfrageergebnisse für François Hollande vermuten lassen. Entscheidend wird sein, ob der sozialistische Kandidat und seine Verbündeten es schaffen, die im Wahlkampf radikalisierte Wählerschaft der Linksfront in ausreichendem Umfang für sich zu gewinnen, ohne den Teil der politischen Mitte zu verprellen, der im Grunde eine zweite Amtszeit Nicolas Sarkozys verhindern möchte.





## Zum Weiterlesen

**Olivier Ferrand, Arnaud Montebourg** (2011): Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2012. »Offene Vorwahlen« der Parti Socialiste eröffnen ein neues demokratisches Zeitalter <http://library.fes.de/pdf-files/id/07757.pdf>.

**Peter Gey** (2012): Marine Le Pen und das Comeback der rechtsradikalen Front National vor den Präsidentschaftswahlen 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/08435.pdf>.

**Laurent Bouvet** (2012): Lehren aus den »offenen Vorwahlen« der Parti Socialiste vom 9. und 16. Oktober 2011 <http://library.fes.de/pdf-files/id/08548.pdf>.

Informationen des Pariser Büros der FES zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2012 (in deutscher Sprache): <http://www.fesparis.org/>.



## Über die Autoren

**Dr. Dr. Peter Gey** ist Leiter und **Benjamin Schreiber** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Referat Westeuropa / Nordamerika |  
Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:  
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa /  
Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249  
[www.fes.de/international/wil](http://www.fes.de/international/wil)

Bestellungen/Kontakt hier:  
E-Mail: [ID-INFO-WENA@fes.de](mailto:ID-INFO-WENA@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-125-8